Stand: 16.12.2025 01:57:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16274

"Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr 23.01.2017 - 23.04.2017"

Vorgangsverlauf:

- 1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/16274 vom 28.03.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17302 des WI vom 20.06.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/17607 vom 06.07.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.03.2017 Drucksache 17/16274

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Verkehr

Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr 23.01.2017 – 23.04.2017

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

- Der Ausschuss hat in seiner 56. Sitzung am 28. März 2017 im Wege der Vorprüfung beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
- Der Ausschuss hat beschlossen, das Verfahren zur federführenden Beratung gemäß § 83d Abs. 1 BayLTGeschO an den Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu überweisen.
- 3. Die Staatsregierung wird gebeten, eine Stellungnahme für die Beratung im federführenden Ausschuss vorzulegen.

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung. Die Konsultation befasst sich mit möglichen Politikoptionen für die Änderung der Richtlinie 92/106/EWG und deren potenziellen Auswirkungen auf den kombinierten Verkehr. Die Kommission will bis zum vierten Quartal 2017 einen Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie 92/106/EWG vorlegen. Durch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des kombinierten Verkehrs als Alternative zum Straßenverkehr sollen dabei insbesondere die Straßenverkehrssicherheit erhöht, Staus reduziert und der Umweltschutz verbessert werden.

Bayern fördert bereits heute den kombinierten Verkehr als umweltfreundliche und kostensparende Transportalternative. Die Wirtschaftlichkeit des kombinierten Verkehrs und damit verbunden auch die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Transportunternehmen hängen entscheidend von der Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen ab.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

20.06.2017 Drucksache 17/17 $\overline{302}$

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen Drs. 17/16274

Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr 23.01.2017 - 23.04.2017

I. Beschlussempfehlung:

Zum Konsultationsverfahren "Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr" nimmt der Bayerische Landtag wie folgt Stellung:

Bayern fördert bereits heute den kombinierten Verkehr als umweltfreundliche und kostensparende Transportalternative. Die Wirtschaftlichkeit des kombinierten Verkehrs und damit verbunden auch die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Transportunternehmen hängen entscheidend von der Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Eine Überarbeitung der EU-Richtlinie über den kombinierten Verkehr (Amendment of the Combined Transport Directive) vom 7.12.1992 als derzeit einziges EU-Rechtsinstrument, das den multimodalen Verkehr direkt unterstützt, wird begrüßt.

Dabei kommt es Bayern besonders auf folgende Punkte an:

- Die Definition des kombinierten Verkehrs hat sich bei der Evaluierung als zu komplex und nicht eindeutig herausgestellt. Bei der Neuformulierung ist dies zu korrigieren. Gleichzeitig sollte die Definition zum Erhalt von Spielräumen nicht zu eng ausfallen, damit das Ziel des Kombinierten Verkehrs, durch Verknüpfung verschiedener Transportmittel die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger zu nutzen und so die Transportkette insgesamt gerade auch hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen zu optimieren, gewahrt bleibt.
- In Deutschland unterstützt der Bund u.a. mittels einer Förderrichtlinie den kombinierten Verkehr erfolgreich die Stärkung des intermodalen Verkehrssystems. Die Richtlinie zur Förderung von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs nicht bundeseigener Unternehmen vom 4.1.2017 ermöglicht finanzielle Zuwendungen für den Neu- und Ausbau von privaten Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs. Von besonderer Bedeutung ist daher, dass die Möglichkeit einer Förderung des kombinierten Verkehrs durch die Mitgliedsstaaten erhalten bleibt.

Berichterstatter: Eberhard Rotter Mitberichterstatter: Bernhard Roos

II. Bericht:

- Der EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO endberaten.
- 2. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat das Verfahren am 1. Juni 2017 in seiner 67. Sitzung federführend beraten und einstimmig in der in I. genannten Weise entschieden.
- 3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Verfahren am 20. Juni 2017 in seiner 61. Sitzung endberaten und einstimmig empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen, mit der Maßgabe, dass die Wörter "Zum Konsultationsverfahren "Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr" nimmt der Bayerische Landtag wie folgt Stellung:" durch die Wörter "Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren "Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr" zum Anlass, um folgende Stellungnahme abzugeben:" ersetzt werden und dass nach dem letzten Absatz der Satz "Der Beschluss wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt." angefügt wird.

Erwin Huber Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.07.2017 Drucksache 17/17607

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr:

Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr 23.01.2017 – 23.04.2017

Drs. 17/16274, 17/17302

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren "Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr" zum Anlass, um folgende Stellungnahme abzugeben:

Bayern fördert bereits heute den kombinierten Verkehr als umweltfreundliche und kostensparende Transportalternative. Die Wirtschaftlichkeit des kombinierten Verkehrs und damit verbunden auch die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Transportunternehmen hängen entscheidend von der Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Eine Überarbeitung der EU-Richtlinie über den kombinierten Verkehr (Amendment of the Combined Transport Directive) vom 07.12.1992 als derzeit einziges EU-Rechtsinstrument, das den multimodalen Verkehr direkt unterstützt, wird begrüßt.

Dabei kommt es Bayern besonders auf folgende Punkte an:

- Die Definition des kombinierten Verkehrs hat sich bei der Evaluierung als zu komplex und nicht eindeutig herausgestellt. Bei der Neuformulierung ist dies zu korrigieren. Gleichzeitig sollte die Definition zum Erhalt von Spielräumen nicht zu eng ausfallen, damit das Ziel des kombinierten Verkehrs, durch Verknüpfung verschiedener Transportmittel die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger zu nutzen und so die Transportkette insgesamt gerade auch hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen zu optimieren, gewahrt bleibt.
- In Deutschland unterstützt der Bund u. a. mittels einer Förderrichtlinie den kombinierten Verkehr erfolgreich die Stärkung des intermodalen Verkehrssystems. Die Richtlinie zur Förderung von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs nicht bundeseigener Unternehmen vom 04.01.2017 ermöglicht finanzielle Zuwendungen für den Neuund Ausbau von privaten Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs. Von besonderer Bedeutung ist daher, dass die Möglichkeit einer Förderung des kombinierten Verkehrs durch die Mitgliedstaaten erhalten bleibt.

Der Beschluss wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

bed		

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Saubere Energie für alle Europäer

COM (2016) 860 final BR-Drs. 738/16

Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Α

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:

Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie COM (2016) 763 final

BR-Drs. 811/16

Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

Anlage 1
zur 107. Vollsitzung am 6. Juli 2017

3.	Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Forschung und Technologie: Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlichöffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020 27.01.2017 – 30.04.2017 Drs. 17/16273, 17/17473 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
4.	Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Verkehr: Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr 23.01.2017 – 23.04.2017 Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]					
	Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		
5.	Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend: Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen 28.02.2017 – 31.05.2017 Drs. 17/16310, 17/17474 (E)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		

6. Subsidiaritätsangelegenheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,

Dr. Martin Huber u.a. CSU,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und

Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche,

COM (2017) 257 final;

BR-Drs. 400/17

Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		A

Verfassungsstreitigkeit

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017 (Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBI. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen (KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch) PII/G1310.17-0007

Drs. 17/17396 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	Z	团	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke und übersteigen zugleich das technisch Mögliche Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

11.	Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner,
	Ruth Waldmann u.a. SPD
	Außenwerbeverbot für Tabakwaren
	Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen für Mieterstrommodelle jetzt einführen Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
 Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

17.	Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,

zur 107. Vollsitzung am 6. Juli 2017

	Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zeitliche Mindesterreichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen Drs. 17/16620, 17/17496 (A)			
	Votum des federführe Gesundheit und Pfleg	nden Ausschusses für e		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	Z	
21.	Ruth Müller u.a. SPD Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken Drs. 17/16654, 17/17497 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GIVO
	A			

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

SPD

Α

Votum des federführenden Ausschusses für

Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

CSU

Α

Umwelt und Verbraucherschutz

Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt

FREIE WÄHLER

Z

GRÜ

Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bayerische Projekte in der Donauraumstrategie der EU-Kommission Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen

Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

26.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
	Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
	Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken
	Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.